Bahr in Moskau SEITE 2

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 23. März 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

## Einfluss in Europa erschüttert:

# US-Imperialisten drohen mit Gewalt!

"Und willst du nicht mein Bruder sein, dann hau ich dir den Schädel ein." Nach diesem Motto drohen die US-Imperialisten den westeuropäischen Staaten, die in den letzten Jahren mehr und mehr versuchen, sich von der Oberherrschaft Washingtons loszumachen. Offen und unverhüllt drohte vor einigen Tagen der US-Außenminister Kissinger den EG-Ländern, sich nicht auf einen "Wettbewerb" mit den Vereinigten Staaten von Amerika einzulassen, denn "dann werden wir die Sieger sein, weil wir unendlich mehr Hilfsquellen zur Verfügung haben..." Noch vor nicht allzu langer Zeit, in den fünfziger Jahren, wären solche scharfen Töne zwischen den beiden fast undenkbar gewesen. Wie ist es möglich, daß sich die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den westeuropäischen Imperialisten so verschärft haben?

Überall auf der Welt erleidet der US-Imperialismus eine Niederlage nach der anderen. Die Völker und Nationen, die jahrelang unter der Knute des US-Kapitals und seiner Truppen standen, haben den Kampf um ihre Befreiung und Unabhängigkeit aufgenommen und große Siege errungen. Auch Westeuropa, wo die US-Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg fast unumschränkt herrschten, ist keine ruhige Insel mehr. Auch hier wird der Ruf immer lauter: AMI GO HOME!

Nach 1945 nisteten sich die US-Imperialisten in Westeuropa ein, mit dem Ziel, sich ganz Europa einzuverleiben. Überall, zwischen Sizilien und Skandinavien, von der Atlantikküste bis zur Elbe, errichteten sie ihre Besatzungsmacht und nichts geschah ohne oder gegen ihren Willen. Mit ihrer Vorherrschaft in der NATO sicherten sie ihre politische und wirtschaftliche Macht über die westeuropäischen Länder militärisch ab.

Aber im Laufe der Jahre wurde diese unumschränkte Herrschaft immer brüchiger. Denn zu keinem Zeitpunkt haben sich die europäischen Völker mit der US-Besatzung abgefunden. Überall, ob in Spanien, Griechenland, Italien, Norwegen, Westdeutschland oder




anderen Ländern, kämpfen die Arbeiter, die Bauern und die anderen Werktätigen gegen die US-Besatzer. Und dieser Kampf wird erst dann siegreich beendet sein, wenn kein US-Soldat mehr auf europäischem Boden steht.

Heute ist die Lage für die US-Imperialisten äußerst kritisch. Überall in der Welt versuchen die neuen Kreml-Zaren in die Fußstapfen des US-Imperialismus zu treten, sich zum alleinigen Beherrscher der Welt aufzuschwingen. Vor allem in Europa ringen sie mit den US-Imperialisten um die Vorherrschaft. Beide Supermächte wollen Westeuropa, als starke wirtschaftliche Kraft und als strategisch wichtiges Gebiet unter ihrem Einfluß. Wie überall in der Welt arbeiten sie dabei mit den Mitteln der Lüge und der militärischen Drohung. Besonders die SU-Imperialisten. Einerseits spielen sie auf der Friedensschalmei und raten den westeuropäischen Staaten, jetzt abzurüsten und andererseits verstärken sie ihre Truppen, die in den osteuropäischen Ländern als Besatzungsmacht stehen und dort die Völker unterdrücken. So geht heute vom Ringen dieser beiden Supermächte um die alleinige Herrschaft in Europa die Hauptkriegsgefahr aus.

**In diesem Kampf um die Macht dulden die Supermächte kein Ausscheren der europäischen Staaten. Beispiel 1: Als 1967 der Kampf des griechischen Volkes gegen die US-Besatzer immer stärker wurde, errichtete der US-Imperialismus in Griechenland mit Hilfe des CIA eine faschistische Diktatur, die bis auf den heutigen Tag das griechische Volk grausam unterdrückt. Beispiel 2: 1968 besetzten die sowjetischen Sozialimperialisten die Tschechoslowakei, als sich dort der Kampf des Volkes gegen die neuen Kreml-Zaren immer mehr verschärfte.**

Fortsetzung auf Seite 2

## Erneutes Ermittlungsverfahren:

# Hände weg von Ernst Aust!

**Wie schon gegen Genossen Gernot Schubert, den Verleger des ROTEN MORGEN, wurde jetzt auch gegen Genossen Ernst Aust, den 1. Vorsitzenden der KPD/ML und früheren verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil im ROTEN MORGEN nach Mao Tsetung zitiert wurde: "Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen." Dieser Satz Maos soll neben anderen Zitaten gemäß § 90 a des bürgerlichen Strafgesetzbuches ("Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland") als "kriminell" verurteilt werden. Eine weitere Vorladung bekam Genosse Ernst wegen "Wehrkraftzersetzung" in Zusammenhang mit Äußerungen im ROTEN MORGEN 1972. Außerdem solle sich Genosse Ernst, so heißt es in der Vorladung, dazu äußern, ob die KPD/ML sich auch schon 1972 parteipolitisch betätigt habe.**

Was bedeutet dieser erneute und verschärfte Angriff der bürgerlichen Klassenjustiz, der nicht wie bisher nur gegen den verantwortlichen Redakteur, sondern auch gegen den Verleger des ROTEN MORGEN abzielt und nicht nur einzelne Nummern, sondern offenbar die gesamte Linie des ROTEN MORGEN aufgreift und insbesondere die Tatsache, daß sich der ROTE MORGEN auf Mao Tsetung beruft?

Die Wahrheit, daß "die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt", ist eine unumstößliche Erfahrung der Arbeiterbewegung in allen Ländern. Dies haben in jüngster Zeit die für die Arbeiterklasse bitteren Ereignisse in Chile wieder bewiesen. Der ROTE MORGEN und die KPD/ML haben diese Wahrheit immer verkündet. Daß gerade jetzt sich die Versuche der Bourgeoisie zuspitzen, diese Wahrheit als "kriminell" zu verbieten, ist deutlicher Ausdruck ihrer Angst, diese Wahrheit könnte in der anwachsenden revolutionären Bewegung des Proletariats tiefere Wurzeln schlagen.

Warum aber stellt die Bourgeoisie ein Mao-Zitat in den Vordergrund, warum z.B. nicht ein Zitat von Marx oder Lenin? **Ihr Manöver ist sehr durchsichtig. Sie will die Mao Tsetung-Ideen vom Marxismus-Leninismus loslösen, um ihre Agentur in den Reihen der Arbeiterklasse, die modernen Revisionisten der D'K'P, weiterhin den Massen als "marxistisch-leninistische" Partei verkaufen zu können. Damit will sie einen speziellen Schlag gegen die "Maoisten" landen, insbesondere gegen die KPD/ML.**

Denn immer deutlicher zeichnet sich ab, daß der Versuch, die KPD/ML als kriminelle Vereinigung nach § 129 zu verbieten, scheitern wird. Das mutige und entschlossene Auftreten der KPD/ML und ihrer Genossen in den zahlreichen Prozessen hat vielen deutlich gemacht, wer hier wirklich kriminell ist: die Kapitalisten und ihr Staat. Auch die erfolgreiche Teilnahme der KPD/ML an den Hamburger Bürgerschaftswahlen durchkreuzte die Kriminalisierungspläne der Bourgeoisie. Jetzt versucht sie, über ein gezieltes generelles Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda, insbesondere der Werke Mao Tsetungs, die für sie unlösbare Aufgabe zu lösen, nämlich die KPD/ML zu treffen ohne die D'K'P als Partei des Verrats am Marxismus-Leninismus bloßzustellen.

Gleichzeitig wird sie aber, trotz ihrer zahlreichen Niederlagen, ihre Absicht, uns als "kriminelle Vereinigung" zu verbieten, nicht aufgeben. Was heißt es denn, wenn der Ermittlungsrichter wissen will, ob sich die KPD/ML 1972 auch schon parteipolitisch betätigt habe? Genosse Ernst hat darauf geantwortet, daß die KPD/ML seit ihrer Gründung im Jahre 1968 eine Partei ist, und zwar nicht irgendeine, sondern die marxistisch-leninistische Vorhutpartei des deutschen Proletariats. Dies könne der Ermittlungsrichter ja in der Grundsatzerklärung und im Statut der Partei nachlesen. Und gerade 1972 war ein wichtiges Jahr der Klassenkämpfe mit dem Höhepunkt des Roten Antikriegstags in München, an dem unter Führung der KPD/ML den imperialistischen Friedensheuchlern mit revolutionärer Gewalt die Friedensmaske vom Gesicht gerissen wurde.

**Ob die Bourgeoisie dies als parteipolitische Betätigung versteht oder nicht, ist für das Proletariat nicht die entscheidende Frage. Die KPD/ML aber wird DIESE Parteipolitik im Sinne des deutschen Proletariats weiterhin, auch in den kommenden Prozessen durchsetzen!**

## Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

## Vorwärts mit der KPD/ML

## Bahr in Moskau

# Sozialimperialisten drängen nach Westeuropa

Der Bonner Minister Bahr war wieder für einige Tage in Moskau und hat dort u.a. auch mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, längere Gespräche geführt. Die Ergebnisse dieses erneuten sowjetisch-westdeutschen Kuhhandels stellen eine ernste Bedrohung für das deutsche Volk und die anderen Völker Mitteleuropas dar.

So wurde z.B. geplant, durch den Bau von Atomkraftwerken sowie einem Erdgasdreiecksgeschäft mit Persien weitere Energie aus der Sowjetunion für die DBR zu beziehen. Damit nimmt die Rohstoff- und Energieabhängigkeit der DBR von der SU weiter zu. Wer die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten genau verfolgt hat, der weiß, daß sie diese Karte im für sie geeigneten Zeitpunkt rücksichtslos für ihre Interventions- und Aggressionsabsichten in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland, ausspielen werden. Stehen denn heute nicht etwa sowjetische Besatzertruppen auf deutschem Boden, nämlich in der DDR? Hat die Sowjetunion ihre imperialistische Natur durch den brutalen Einfall in der Tschechoslowakei 1968 noch nicht zur Genüge bewiesen? Sicherlich, für die westdeutsche Monopolbourgeoisie sind das profitable Geschäfte, für das deutsche Volk aber wächst die in erster Linie von der SU ausgehende Kriegsgefahr, weil mit diesem Geschäft das politische, wirtschaftliche und schließlich militärische Vordringen der Sowjetunion gefördert wird und unweigerlich in Konflikt mit den imperialistischen Interessen der anderen Supermacht in Europa, der USA, gerät.

Aber nicht nur um bessere Bedingungen für ihr politisches und militärisches Vordringen in Europa war Breschnew bei seinem Treffen mit Bahr besorgt. Durch riesige westdeutsche Investitionen, z.B. den Bau eines Hüttenwerkes bei Kursk, will der militärische Riese, aber wirtschaftliche Zwerg Sowjetunion seine schlechte innenpolitische Situation verbessern. Zu einem erhöhten Gesamtpreis der Industriegüter bekommt die Sowjetunion als "Ausgleich" einen Vorzugszins. Wer steckt die Extraprofite des erhöhten Gesamtpreises ein? Die westdeutschen Kapitalisten. Aber wer bezahlt die Kredite und Vorzugszinsen für die sowjetischen Imperialisten? Die Steuerzahler in Westdeutschland, also wir alle!

Neben solchen Extraprofiten und einigen Konzessionen in der Westberlinfrage im wissenschaftlich-technischen Rahmenabkommen haben die sowjetischen Revisionisten dem Unterhändler der westdeutschen Imperialisten, Egon Bahr, noch einen besonderen Köder angeboten, auf den er auch prompt angebissen hat: Über die "gemischten deutsch-sowjetischen Gesellschaften zur industriellen Zusammenarbeit in dritten Ländern", insbesondere im arabischen Raum und in Indien, soll der westdeutsche Imperialismus im Windschatten der Sowjetunion teilhaben können an der Ausbeutung der Länder der Dritten. Welt. Mit solchen Angeboten versuchen die sowjetischen Imperialisten die gerade in letzter Zeit zunehmenden Widersprüche zwischen den EG-Staaten und den USA auszunutzen und sich dadurch Vorteile gegenüber den USA im Kampf um die Vorherrschaft in Europa und der ganzen Welt zu verschaffen. Die westdeutschen Imperialisten ihrerseits, das hat der Bahrbesuch in Moskau erneut gezeigt, lavieren zwischen den Supermächten, versuchen, durch Annäherung an den sowjetischen Sozialimperialismus von der US-Vorherrschaft loszukommen und hoffen, dadurch selbst eines Tages eine Supermacht zu werden.

**Der Moskauer Drang nach Westeuropa stellt eine Warnung für alle Völker Europas, insbesondere vor der imperialistischen Vormarschpolitik der Sowjetunion dar. Die zahlreichen Panzerdivisionen, Raketenabschußbasen und Flottenstützpunkte, die alle strategisch nach Westeuropa abzielen, sprechen eine deutliche Sprache. Darüber können keine Sicherheits- und Abrüstungskonferenzen und auch keine noch so gerissene Friedens- und Entspannungsdemagogie hinwegtäuschen!**



Tscheslowakei 1968 –

Auch damals sprachen die Sozialimperialisten von Frieden und Entspannung

FORTSETZUNG VON SEITE 1

## US-Imperialisten drohen...

Diese Beispiele zeigen klar, daß die Supermächte es ernst meinen, daß sie nicht nur drohen, sondern ihre Drohungen auch in die Tat umsetzen werden, weil beide von ihnen als Sieger aus dem Ringen hervorgehen wollen. Und so ernst müssen wir auch die jüngsten Drohungen Kissingers nehmen. Wenn heute Widersprüche zwischen den EG-Ländern und den Vereinigten Staaten bestehen, wenn heute diese EG-Länder einen eigenen Kurs steuern wollen, sich einen Platz an der Sonne erobern wollen, dann bedeutet das für den US-Imperialismus eine Schwächung in Europa, eine Schwächung in seinem Kampf gegen die sowjetischen Sozialimperialisten um die Weltherrschaft. Wenn heute westeuropäische Imperialisten, wie der französische Außenminister Jobert, von der "nationalen Würde" reden, dann dürfen wir nicht glauben, daß seien Verbündete in unserem Kampf gegen die Supermächte. **Im Gegenteil, sie versuchen nur, selbst Supermacht zu werden.** Der Kampf der westeuropäischen Völker gegen die US-Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die eigenen Ausbeuter, die westdeutschen, französischen, die englischen Imperialisten.

In dieser Situation, wo die Kriegsgefahr in Europa und in der Welt ständig wächst, dürfen wir, die Arbeiter, die Bauern und die anderen Werktätigen uns nicht blenden lassen von den "Friedensgesängen" besonders der D'K'P-Revisionisten. Gerade hier in unserem Land stehen sich die Supermächte gegenüber, werden sie versuchen Deutsche auf Deutsche schießen zu lassen, um ihre Herrschaft durchzusetzen.
Deshalb ist es notwendig, daß die Werktätigen in Westdeutschland und in der DDR die Besatzertruppen der Supermächte aus dem Land jagen und gemeinsam für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen!

**NIEDER MIT DEM US–IMPERIALISMUS ! AMI GO HOME!**




DEMONSTRANTEN VOR DER US–BOTSCHAFT IN BAD GODESBERG

# Von Entspannung keine Rede

"Ein Schritt zur Entspannung und Normalisierung" – so bejubeln die bürgerlichen Zeitungen von der FAZ bis hin zur UZ die Unterschrift unter das "Protokoll über die Errichtung gegenseitiger ständiger Vertretungen" zwischen der DDR und der DBR. Aber von einer "Normalisierung" kann keine Rede sein! Nicht Botschafter wurden ausgetauscht, wie das zwischen souveränen Staaten üblich ist, sondern "ständige Vertretungen". Auch wenn die modernen Revisionisten in Ostberlin versuchen, das den Werktätigen in der DDR als "völkerrechtliche Anerkennung" zu verkaufen – die westdeutschen Imperialisten denken gar nicht daran, das zu tun; nach wie vor hoffen sie, die Widersprüche zwischen den Supermächten zu ihrem Vorteil auszunutzen und ihre Diktatur auf die DDR ausdehnen zu können.

Wie skrupellos sich die Supermächte und die westdeutschen Imperialisten über die Souveränität der DDR hinwegsetzen, das zeigt schon die Tatsache, daß die Regierung in Ostberlin zu allerletzt gefragt wurde, wie sie sich einen Vertrag zwischen Bonn und Berlin vorstellt. Ausgehandelt haben dieses Machwerk die Imperialisten in Moskau, Washington und Bonn.

Um ihr Vordringen in Westeuropa zu beschleunigen, haben die sowjetischen Sozialimperialisten in der Berlinfrage Zugeständnisse an die Herren in Bonn gemacht: Westberlin, das auf dem Terirtorium der DDR liegt, wird durch den "Ständigen Vertreter der DBR" in Ostberlin konsularisch vertreten. "Jetzt haben wir Westberlin endlich in der Tasche", jubeln da die westdeutschen Imperialisten. Aber das Gerangel um Westberlin wird damit nicht aufhören, im Gegenteil. Schließlich sind es die Panzer der Sowjetunion, schließlich sind es die Soldaten der Sozialimperialisten, die auf dem Boden der DDR stehen, die Berlin eingekreist haben.
Die Imperialisten schließen Verträge nicht, um sie einzuhalten, sondern um ihre strategischen Ziele vorzubereiten. Das Ziel der Sozialimperialisten aber ist es, dem US-Imperialismus seine Vorherrschaft in Westeuropa streitig zu machen. Daran wird ihn ein Stück Papier niemals hindern.

**Die Kriegsgefahr in Westeuropa ist nicht durch imperialistischen Schacher, sondern allein durch den Kampf der Völker Westeuropas zu erreichen.**

# Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN!

Seit Anfang März wurden auf das Konto des ROTEN MORGEN, Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 312 004 – 393, folgende Spenden eingezahlt:

| | | |
|---|---|---|
| 26.2. | M. C. Werdahl | 10,-- |
| 1.3. | H.W. und R.W. Frankfurt | 100,-- |
| 4.3. | E.H. Düsseldorf | 10,-- |
| 6.3. | J.B. Bochum | 75,-- |
| 7.3. | Buchhandlung ROTER MORGEN Westberlin | 107,50 |
| 8.3. | H.K. Schwetzingen | 32,81 |
| 12.3. | Diskussionrunde der KPD/ML Marburg | 160,-- |
| 14.3. | R.C. Düsseldorf | 32,-- |
| 15.3. | G.L. Heilbronn | 25,-- |
| SUMME: | | 555,31 |

Wir danken allen Spendern für diese Unterstützung des ROTEN MORGEN!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G. Schubert), Tel.: 0231 / 41 13 50, Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM fur ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonneemnt ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zaheln. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Streik im Unterwesergebiet: Streikbrecher mit Passierscheinen der IGM-Bonzen

**4.500 Metallarbeiter demonstrierten am 15. 3. in Bremen für 18% mehr Lohn, fast überall wurde an diesem Tag der Streik der Metallarbeiter fortgesetzt. Die Forderung der Bremer Metaller ist zugleich ein Ausdruck der Opposition gegen die IGM-Bonzen, die in der „besonderen Schlichtung" jetzt „Lohnerhöhungen" um 11% zustimmen werden.**

**Gegen die Streikfront der Metaller kennen die Kapitalisten kein Pardon. Bei Nordmende, bei Atlas/Elektronic und anderen Betrieben fahren Fabrikdirektoren Streikposten zusammen, 2 Kollegen sind mit Brechstangen verletzt worden, Streikbrecher-Sturmtrupps gehen brutal gegen die Streikenden vor. Es steht in allen Lokalzeitungen, daß die Kapitalisten um den Einsatz von Polizei ersuchen. Von anderen Streiks, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, ist bekannt, daß es in solchen Situationen von Polizeispitzeln in den Betrieben nur so wimmelt.**

In dieser Situation beschwören die IGM-Bonzen die "gewerkschaftliche Macht". Gegen wen richtet sich diese Macht? Nicht gegen die Kapitalisten. Denn Kapitalisten wie leitende Angestellte kommen ungeschoren in die Betriebe. Die Bonzen haben dem Streik Gesetze diktiert, nach denen jeder, der einen von ihnen ausgestellten Passierschein hat, ungeschoren in die Betriebe gelangen muß. Streikbrecher ist nach diesem Gesetz nicht, wer den Streik bricht, sondern allein der, der ohne einen solchen Passierschein in den Betrieb will.

Nicht gegen die Polizei. Nach dem Gesetz der IGM sind die Polizisten in erster Linie "Gewerkschaftskollegen". Auch die D'K'P-Sonderausgabe für die bestreikten Metallbetriebe spricht von "organisierten Gewerkschaftern" und lobt die Polizei: "Bis jetzt allerdings lassen sich die einzelnen Beamten nicht vor den Karren der Unternehmer spannen. Das erkennen ihnen die Kollegen Streikposten hoch an." Die IGM-Streikanleitung, die aufs Haar der Streikanleitung der ÖTV gleicht, befiehlt, den Polizisten genau so zu gehorchen wie den Streikposten.

Nicht gegen faschistische Streikbrechertrupps. Denn die Gesetze des IGM-Machtapparats verbieten es den Arbeitern, gegen die mit Brechstangen, Flaschen und anderen Waffen gegen sie vorgehenden "Arbeitswilligen" vorzugehen.

Die "Demonstration gewerkschaftlicher Macht" richtet sich ausschließlich gegen die Arbeiter selber. Wie die Gesetze des kapitalistischen Staates auch, enthalten sie für das Kapital und seine Polizei nur Rechte, für die Arbeiter dagegen nichts als Verbote. Und wie der kapitalistische Staat auch, sind auch die DGB-Bonzen auf "zuverlässige Beamte" angewiesen. So werden von den Streikleitungen einfache Kollegen, die Streikposten stehen wollen, abgewiesen: "Das machen die Vertrauensleute."

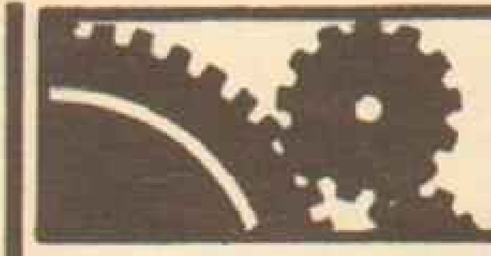
Am gefährlichsten aber ist die ideologische Wirkung, die die Bonzen mit diesem durchorganisierten Machtapparat erreichen. Sie versuchen den Arbeitern weiszumachen, daß sie als Kontrolleure über die Passagierscheine die Herrn im Hause seien. Jeder leitende Angestellte, der seinen Schein nicht vorzeigen will, wird in den IGM-Streiknachrichten groß ausgeschlachtet als einer, der von der "neuen Macht der Arbeiter" schwer getroffen ist. Aber gerade diese Scheine sind es, die die Streikfront zersetzen. Während die Arbeiter Ketten bilden und sich den gewerkschaftlichen Anweisungen zum Trotz militant gegen die faschistischen Streikbrechertrupps zur Wehr setzen, kommen die Streikbrecher "auf dem Boden des Gesetzes" bis auf ganz geringe Ausnahmen durch.

Wie diese Scheine, dienen auch alle anderen Gesetze der IGM dazu, an die Stelle des unversöhnlichen Kampfes gegen das Kapital und seine Gewaltorgane Spielregeln zu setzen, nach denen auf der einen Seite eine breite Volksgemeinschaft derer steht, die sich "an die Gesetze halten": Streikende, die sich nicht "provozieren" lassen, Kapitalisten und leitende Angestellte, die sich von DGB-Führern Passagierscheine ausstellen lassen, Polizisten, die ja schließlich auch gewerkschaftlich organisiert sind – und auf der anderen Seite die "Gesetzesbrecher": klassenkämpferische und kommunistische Kollegen.

Der Streik in Unterweser zeigt, daß die DGB-Bonzen nicht nur dann – und noch nicht einmal hauptsächlich dann – das Streikrecht der Arbeiter angreifen, wenn sie sich von den "wilden Streiks" distanzieren, wenn sie offen gegen die Kollegen marschieren, wie zum Beispiel bei Ford. Ihre schärfste Waffe gegen den Streik der Arbeiter ist ihr Apparat, der die Arbeiter ideologisch entwaffnet und sie wie der kapitalistische Staat auch mit Gesetzen und Polizei unterdrückt.



Streikende Metallarbeiter versperren einem Lastwagen mit Streikbrechern den Weg



## Arbeiterkorrespondenz

### 'Heimarbeit' für Streikbrecher

Ich arbeite als Angestellte in einem 1 000 - Mann - Betrieb in Bremen. Einen Tag, bevor es zu dem von der IG-Metall durch den Druck der Kollegen erzwungenen Streik kam, holte der Abteilungsleiter alle Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft waren, zu sich rauf und verteilte "HEIMARBEIT"! So wollte die Geschäftsleitung die Kollegen spalten, um eine Solidarität der nicht organisierten Angestellten mit den Streikenden zu verhindern. Da unter den Angestellten, die gefragt wurden, hauptsächlich Ingenieure und höhere Angestellte waren, gelang ihnen dies zum größten Teil.

Als der Streik begann, versuchten die mit "Heimarbeit" Bedachten und einige andere Angestellte, ins Werk zu kommen. Am ersten Tag gelang ihnen das noch, aber am zweiten Tag kamen sie durch den Protest der Kollegen gegen den Einlaß nicht mehr ins Werk. Nun werden sie wohl zu Hause sitzen und "Heimarbeit" machen. Diese Leute werden, wenn sie wieder in den Betrieb kommen, bestimmt nichts zu lachen haben! Denn im Endeffekt sind sie Streikbrecher, das werden sie auch spüren!

Rot Front!

Eine Genossin aus Bremen

## Betriebsversammlung bei OPEL-Bochum

216 spanische Kollegen sind bei Opel in Bochum bereits entlassen worden. Für alle steht Kurzarbeit auf dem Plan. Gerüchte tauchen auf, daß Teile des Opel-Werkes in Bochum stillgelegt werden sollten. Auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 13.3. standen 19 Kollegen auf und griffen die Opel-Kapitalisten und Betriebsrat Perschke an. Sprechchöre forderten die Geschäftsleitung auf, Stellung zu nehmen.

Perschke versuchte zunächst, die Kollegen mit "radikalen" Sprüchen wieder für sich einzunehmen, um dann mit den Worten "Genug des Mißmutes über die Kurzarbeit" die berechtigte Empörung der Kollegen über die Kurzarbeit sozusagen als "Querulantentum" abzustempeln.

Ein revolutionärer Kollege griff Perschke und seine Taktik an. Er sagte, daß das kapitalistische System die Ursachen für die Krise und ihre Folgen ist, und verurteilte die Forderungen der D"K"P von "Lohnstop und Mitbestimmung". Perschke war daraufhin gezwungen, den Kapitalismus zu verteidigen. "Aus dieser Gesellschaftsordnung soll man das Beste machen". Wie die Bonzen für die Ordnung des Kapitals kämpfen, demonstrierte Perschke auch gleich: Er drohte dem Kollegen eine Beleidigungsklage an, weil er den Tarifabschluß als "Tarifbetrug" bezeichnet hatte. "Denn dann sind die Verhandlungsführer Betrüger, das zu sagen, ist strafbar". Daß die Bonzen von der Tarifkommission Betrüger sind - wer will Perschke da widersprechen?

Demagogisch warnte er die Arbeiter dann vor der Revolution: Überall, wo Revolutionen waren, habe es auch Arbeiterverrat gegeben. Das sagt Perschke, der an der Spitze des Verrates steht und die Arbeiter mit unterdrückt! Aber er braucht sich keine Sorgen zu machen: Auch in dieser Betriebsversammlung ist der Trennungsstrich zwischen den Freunden und den Feinden der Arbeiterklasse für viele wieder deutlicher geworden. Der Beifall für Perschkes Rede war nur schwach.

## HOESCH - Belegschaftsversammlung: D'K'P-Betriebsrat verbietet Kommunisten das Wort

**Wie bereits im ROTEN MORGEN Nr. 8 berichtet, wurde Genosse R. Schnoor, Sympathisant der KPD/ML, von den Hoesch-Kapitalisten mit Werkschutz, Hunden und Polizei aus dem Betrieb geschleppt. Dies geschah auf Betreiben von Betriebsrat Wetzel von der D"K"P.**

Jetzt versuchte Wetzel in einer Teilbelegschaftsversammlung der Westfalenhütte, die Entlassung des Kollegen Schnoor damit zu rechtfertigen, daß Reimer Schnoor und andere ständig gegen Betriebsräte und "verdiente Gewerkschaftsführer" "Haßtiraden" von sich gegeben hätten und durch ihre "Parteipolitik" Belegschaftsversammlungen gesprengt hätten. Da stand der kommunistische Kollege Klaus Sch. auf und beantragte die Abstimmung über eine Resolution, in der D"K"P-Wetzel wegen seines Vorgehens bei der Entlassung von R. Schnoor scharf verurteilt wurde. Nur mit Geschäftsordnungstricks konnten Wetzel und seine D"K"P-Kumpane die Diskussion über diese Resolution verhindern. Betriebsrat Kleinehorst stellte den Antrag, dem Kollegen Klaus Sch. für alle Zukunft das Rederecht auf Teilbelegschaftsversammlungen zu entziehen. Bei einer Blitzabstimmung, bei der fast zwei Drittel der anwesenden Kollegen nicht mit abstimmten, setzte Wetzel diesen Antrag mit Hilfe seiner D"K"P- und Betriebsratsclique durch. Schließlich wurde Kollege Klaus Sch. mit Gewalt vom Podium gezerrt. Dieses Redeverbot ist ein offenes Eingeständnis der D"K"P, daß sie der revolutionären Linie der KPD/ML keine Argumente, sondern nur bürgerliche Terrormaßnahmen entgegenzusetzen hat.

Sofort schritt ein anderer kommunistischer Kollege zum Mikrofon und ergriff das Wort. Er entlarvte den Scheinkampf der DGB-Bonzen in ihren Verhandlungen und ihre Ablenkungsmanöver mit der "Mitbestimmung" als Politik, die einzig und allein den Kapitalisten dient und stellte fest, daß die Arbeiterklasse sich im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger zusammenschließen müsse.

**Insbesondere ging er auf den Vorwurf der "Parteipolitik" ein und zeigte auf, daß jeder im Klassenkampf Partei ergreifen muß, entweder für die Kapitalistenklasse, wie Wetzel und die D"K"P, oder für die Arbeiterklasse, wie die KPD/ML es tut.**

Da wußten sich die IGM-Bonzen nicht mehr anders zu helfen, als mit Drohungen: Wenn die Äußerungen des Kollegen bewußter Ausdruck seiner politischen Überzeugung seien, dann müsse er mit seinem Gewerkschaftsausschluß rechnen, drohte W. Dieterich, 1. Bevollmächtigter der IGM in Dortmund. Der Kollege ließ sich durch diese Manöver aber nicht einschüchtern, und bekannte sich mutig zu dem, was er gesagt hatte. So wurde auf dieser Teilbelegschaftsversammlung vielen Kollegen klar, welche große Angst die Hoesch-Kapitalisten und die IGM-Bonzen davor haben, daß die Kollegen den Verrat der D"K"P erkennen und sich im revolutionären Klassenkampf um die KPD/ML zusammenschließen.

NIEDER MIT DEM VERRAT DER D'K'P!
SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG DES GENOSSEN R. SCHNOOR!

## 1200 DM für den 'Frieden' von Siemens

Vor einiger Zeit wurde Genosse Karl-Heinz, der zwei Jahre im Siemens-Schaltwerk Westberlin gearbeitet hatte, entlassen. "Leistungsmängel" sagten die Bosse, "Von politischer Entlassung kann keine Rede sein".

Genosse Karl-Heinz klagte vor dem Arbeitsgericht. Was passiert? Beim ersten Prozeßtermin boten die Siemens-Bosse 1 200 DM – wenn er die Klage zurückziehen würde. 1.200 DM, um einen "faulen" Kollegen zu beschwichtigen?

Die Personalakte des Siemens-Vertreters zeigte, wer hier bestochen werden sollte: Ein Kommunist, ein Vertreter des "Roten Schaltwerkers", der Betriebszeitung der KPD/ML beim Siemens-Schaltwerk. Es ist offensichtlich, die Siemens-Bosse haben Angst, daß in einem Prozeß des Kommunisten Karl-Heinz gegen die Siemens-Kapitalisten für viele Kollegen klar wird, daß er entlassen wurde, weil er auf der Betriebsversammlung ihre Interessen vertreten hatte und unter ihnen für den Sozialismus geworben hatte. In ihrer Hoffnung, sich von den Angriffen der Kommunisten freikaufen zu können, wurden sie allerdings enttäuscht!

## Revisionistisches

**SAGE MIR, WER DICH BEZAHLT...**

Regelmäßig kann man in der "UZ", der Zeitung der D"K"P lesen, wie notwendig jeder Arbeiterpfennig ist, um die D'K'P stark zu machen". Wer allerdings glaubt, die D'K'P-Bonzen würden vor allem diese Pfennige zählen, hat sich getäuscht.

In dem vor kurzem erschienenen Messemagazin der "UZ" finden sich riesige Inserate von Coca-Cola, der Bank für Gemeinwirtschaft, Triumph International, Henkell Trocken, Oetker-Außenhandelsgesellschaft usw. Die Kapitalisten lassen sich nicht lumpen. Für eine ganzseitige Anzeige zahlen sie zwischen DM 14.560 (schwarz-weiß) und DM 29.680 (vierfarbig).

Die Namen dieser großzügigen Spender allerdings verschweigt die D'K'P schamhaft, wenn sie in ihren Spendenlisten die Ergebnisse ihres Rufes: "Macht die D'K'P stark" aufführt.

**PACK SCHLÄGT SICH, PACK VERTRÄGT SICH**

Die Kohleversorgung in Westberlin wird im wesentlichen durch die DDR geregelt. Gegen Ende letzten Jahres gab es auf einmal keine frische Kohle mehr. Was war los?

Die "sozialistische" DDR hatte die Preise hochgezogen! Hatte bislang die Tonne Brikett für den Händler 82 DM gekostet, wollten die DDR-Bonzen auf einmal 92 (oder gar 96, da bin ich mir nicht mehr sicher) DM haben. Begründung: Die allgemeine Preissteigerung wirke sich aus!

Und wie gings weiter? Der Senat und der Kohleverband spielten Volksvertreter und weigerten sich, der Preiserhöhung zuzustimmen: "Unzumutbar für unsere Bevölkerung" meinten sie. Prompt stellte die DDR die Lieferung ein.

Und dann gabs für uns erstmal Lagerkohle vom Senat. Das ist Kohle, die schon jahrelang im Freien liegt und kaum mehr was taugt. Schon auf der Platte (bei 2 Grad Außentemperatur) hat die Kohle gestunken wegen Fäulnis, wie dann erst auf dem warmen Wohnungsflur. Beim Einfassen in die Tragkästen hat es nur so gequietscht! Damit kriegte man kaum den Ofen warm, geschweige denn das Zimmer. Aber dafür war der Zentner eine Mark billiger. Wie gnädig!

Der Senat und die DDR haben dann ein paar Wochen herumgeplänkelt und sich auf DM 86,50 pro Tonne geeinigt. Das sind umgerechnet auf den Zentner 21 Pfennig Preiserhöhung. Aber Senat und Kohleverband nicht dumm, haben uns dann gleich noch ein Ding mitgegeben. Der Verkaufspreis stieg nämlich um 70 Pfennig. Jetzt kostet ein Zentner Brikett sage und schreibe 9,61 DM.

Da kann man doch nur feststellen: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich! Daß der Staat und die Kapitalisten (hier Kohleverbandsherren) uns ausnehmen wie eine Weihnachtsgans, weiß nun bald jeder. Daß aber die Bonzen in der DDR genau dieselben Ausbeuter sind, das wissen oder glauben viele noch nicht. Aber daß diese Kohlepreiserhöhung auf unsere Kosten proletarischer Internationalismus war, das wird wohl keiner glauben.

Das wagt selbst die "Wahrheit" (müßte eigentlich heißen "die Lüge"), die Zeitung der SEW, nicht zu behaupten. Gleichwohl brachte sie es fertig, lauthals gegen die Kohlepreiserhöhungen zu protestieren. Und der ganze Spektakel unter dem Mantel des Marxismus-Leninismus.

## 170 DM für 10 qm..

# Kampf dem Mietwucher des Westberliner Senats!




**"Berlin, Deine Chance!" Mit solch verlockenden Parolen sieht man in einigen westdeutschen Städten Busse herumfahren, die die Werbetrommel für West-Berlin schlagen. Auf Berliner Boden angekommen, sieht die Sache anders aus.**

So hat manch einer mit seinem Koffer dagestanden und wußte nicht weiter. Nun zum Arbeitsamt. Alles überfüllt, tagelang kann man hier sitzen, denn überall ist keiner zuständig. Schon ist man in der berühmten Zwickmühle: keine Arbeit, dann keine Wohnung – hat man keine Wohnung, bekommt man auch keine Arbeit. Nun gibt es aber auch kein zurück mehr, denn in Westdeutschland hat man ja alles aufgegeben, Arbeit, Wohnung, man muß also zufrieden sein, mit dem was man kriegt.

Nun meldet sich der Berliner Senat mit seinen "schönen, komfortablen" Arbeiter-Wohnheimen (Arwo-Bau).

Schauen wir unser Heim in der Goerzallee an. 20 solcher Heime gibt es davon in West-Berlin. Auf einer Wohneinheit sind sechs Zimmer, eine Gemeinschafts-Küche/Waschraum/Toilette. Ein Zimmer ist ganze 10 qm groß mit Schrank, Tisch und Bett, was auch gleichzeitig bei diesen Räumlichkeiten als Sitzplatz herhalten muß. Dafür sollen wir heute DM 170,– bezahlen, und da sagen wir, nein:

### Mieterstreik

Sehen wir kurz die Entwicklung:

1969/70: Das Heim in der Goerzallee gleicht eher einer Kaserne. Mit zweieinhalb Meter hohen Draht ist alles eingezäunt, Bewohner und Besucher müssen beim Eintreten und Verlassen durch eine Pförtnerkontrolle. Bis den Heimbewohnern der Kragen platzt. Große Protestkundgebungen und Demonstrationen führen zum Erfolg. Der Zaun wird abgerissen, die Kontrollen fallen weg.

1970 bis 1972 entwickeln sich rasch die Mietpreise von DM 112,– auf DM 132,50, dann DM 152,50. Eine weitere Mieterhöhung ist geplant. Spontan bildet sich eine Initiativgruppe, die von vielen Mietern unterstützt wird. Dieser Kampf führt auch zum Erfolg. Die alte Miete bleibt bestehen, die Zimmer werden renoviert.

Als 90%-iger Teilhaber der Arwo-Bau-Gesellschaft sieht der West-Berliner Senat im November 73 seine Zeit für die Mieterhöhung gekommen. Das ganze aufgebauschte Märchen von der Ölkrise muß als Begründung herhalten. DM 170,– soll ab Januar ein Zimmerchen kosten. Doch schon steht wieder die Initiativgruppe. Mit breiten Flugblattkampagnen wird der Kampf in alle Heime und unter die Bevölkerung getragen. Überall bilden sich Initiativgruppen, die eine breite Unterstützung erhalten. Die Heime in der Goerzallee werden mit Plakaten und Transparenten beklebt. Mietervollversammlungen für alle Heime finden statt. Eine Kundgebung vor der Arwobau-Verwaltung wird durchgeführt, wo Arwobau und Senat zur nächsten zentralen Mieterversammlung aufgefordert werden zu kommen. Doch diesen Herren flattern wohl mächtig die Hosen, sie stellen sich "tot". Zu der Versammlung kommt keiner. Etwa 140 Kollegen aus verschiedenen Heimen sind gekommen. Es gibt noch viele Illusionen, daß die Miete mit einer Kostenaufrechnung als unrechtmäßig zurückzuweisen wäre. Doch ist den meisten Kollegen klar, daß sich Arwobau und Senat entsprechend abgesichert haben, daß hier nur der Kampf zum Ziel führen kann. Das bringt die Resolution zum Ausdruck, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wird: keinen Pfennig mehr, DM 152,50 sind genug! Einrichtung von Gemeinschaftsräumen, Aufstellung von Waschmaschinen, für jeden Mieter einen ordentlichen Mietvertrag. Es wurde ein notarielles Sperrkonto eingerichtet, auf das bis heute schon ca. 150 Mieter die alte Miete einzahlen, wo Arwobau nicht eher rankommt, als bis sie der alten Miete zustimmen.

# Schülerkampf in Hamburg und Bremen

**Auch an den Schulen wächst der Kampf gegen politische Unterdrückung, gewinnen die Kommunisten immer mehr Einfluß unter den Schülern und fortschrittlichen Lehrern. Genossen der ROTEN GARDE aus Hamburg und Bremen berichten über den konsequenten Kampf an zwei Gymnasien gegen die Unterdrückung kommunistischer Agitation und Propaganda:**

Schon einmal, vor einem Jahr, hatten Rektor und Schulbehörden am "Parseval"-Gymnasium in Bremen einen kommunistischen Schüler hinausgeworfen. Jetzt wollten sie diese Methode wieder anwenden gegen die Genossen Silke und Rolf. Beide erhielten Hausverbot und ein Gerichtsverfahren angedroht, weil sie zu einer Gruppe von Schülern gehörten, die Wandzeitungen über den Mieterkampf in Frankfurt ohne Erlaubnis des Rektors aufgehängt hatten. Vier Schüler erhielten deshalb einen Verweis. Aber damit war die Angelegenheit nicht "abgetan", wie der Rektor dachte: Eine neue Wandzeitung erschien, in der 47 Schüler mit ihrer Unterschrift gegen die politische Zensur an den Schulen und gegen die ausgesprochenen Verweise protestierten.

Noch mehr zugespitzt hat sich inzwischen der Kampf gegen die Suspendierung von zwei kommunistischen Schülern am Schlankreye-Gymnasium in Hamburg. Die Genossen Thomas K. und Thomas G. hatten ebenfalls ohne den Rektor vorher zu fragen in einer Wandzeitung protestiert gegen ' Zeugniskommentare ', in denen der Rektor sie als Kommunisten angegriffen hatte – nie zuvor hatten Lehrer oder Schulleitung gewagt, Schüler in einem solchen offenen Angriff zu denunzieren. Als sie auf einer Vollversammlung Stellung nehmen wollten, drohte der Schulleiter beiden mit "allerschwersten Konsequenzen" – sprich einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch, wenn sie nicht sofort verschwinden würden.

**Die ROTE GARDE Schülerzelle organisierte den Kampf gegen diese beiden Rausschmisse. Eine Sonderausgabe der "Roten Schulfront", der Zeitung der ROTEN GARDE für die Hamburger Gymnasien, wurde verteilt, eine neue Wandzeitung aufgehängt. Als der Rektor eine Versammlung verbot, durchbrachen mehr als 100 Schüler dieses Verbot und trafen sich auf dem Schulhof. Geschützt durch eine Kette, konnte ein Genosse eine Rede über Megaphon halten, in der er zum Widerstand gegen die Suspendierung fortschrittlicher und kommunistischer Schüler aufrief.** Gegen den Verweis, den das Rektorat daraufhin gegen zwei Schüler aussprach, wurden innerhalb kürzester Zeit 100 Unterschriften gesammelt. Im Gymnasium in Altona organisierte die ROTE GARDE eine unangemeldete Schülerversammlung, in der die Genossen Thomas G. und Thomas K. trotz Hausverbot auftraten und eine Rede hielten. Als weitere Drohungen und Verweise von der Schulleitung die Front nur noch besser zusammenschmiedeten, gab Schulleiter Hahn klein bei: "Ich habe Angst, euch von der Schule zu suspendieren", gab er zu, "denn das würde die Situation noch mehr verschlechtern."

**In allen diesen Kämpfen zeigte sich die jämmerliche Rolle des neorevisionistischen "K"BW, der versucht, den Schülerkampf über seine Schülerorganisation zu spalten: So mußte z.B. die Versammlung auf dem Schulhof in Hamburg abgebrochen werden, weil Vertreter des "K"BW, von den Drohungen der Schulleitung völlig eingeschüchtert, aus der geschlossenen Kette ausbrachen und so den Redner schutzlos zurückließen. Als in Bremen wegen der Suspendierung von Rolf und Silke eine Vollversammlung angesetzt wurde, forderten "K"BW-Vertreter die anwesenden Schüler auf, wieder stillschweigend in ihre Klassen zurückzukehren – eine "konsequente" Art, den Kampf gegen die Schulbehörden zu führen! Der Kampf an den Schulen gegen die politische Unterdrückung muß auch geführt werden im Kampf gegen solche Verräter in den eigenen Reihen.**

## Darmstadt..

### Hausbesetzung im Hotel "Traube"

Schon 1971 besetzten Lehrlinge, Schüler und Studenten leerstehende Räume im ehemaligen "Hotel Traube". Mit tausend Tricks und Schikanen versuchte der Magistrat der Stadt jahrelang, die Hausbesetzer aus den Räumen zu vertreiben: Behörden, die schon immer in stadteigenen Gebäuden untergebracht waren, wurden in die "Traube" verlegt, wie z.B. die Stadt- und Kreisbildstelle, mehrere Räume erhielt der Spekulantenboß Mengler zugesprochen, die "Deutsche Bank", die ja bekanntlich immer unter Raumnot leidet, sollte ebenfalls in der "Traube" angesiedelt werden.

Aber die Besetzer ließen sich nicht vertreiben. In mehr als 20 leeren Räumen hatten sie sich eingerichtet. Da begann der Magistrat mit einer üblen, infamen Kriminalisierungstaktik: 5 Bewohner der "Traube" wurden festgenommen, in ihren Zimmern ein "ganzer Sack voller Beweismaterial" sichergestellt. "Beweismaterial" dafür, daß die Besetzer "Attentäter, Bombenleger" seien.

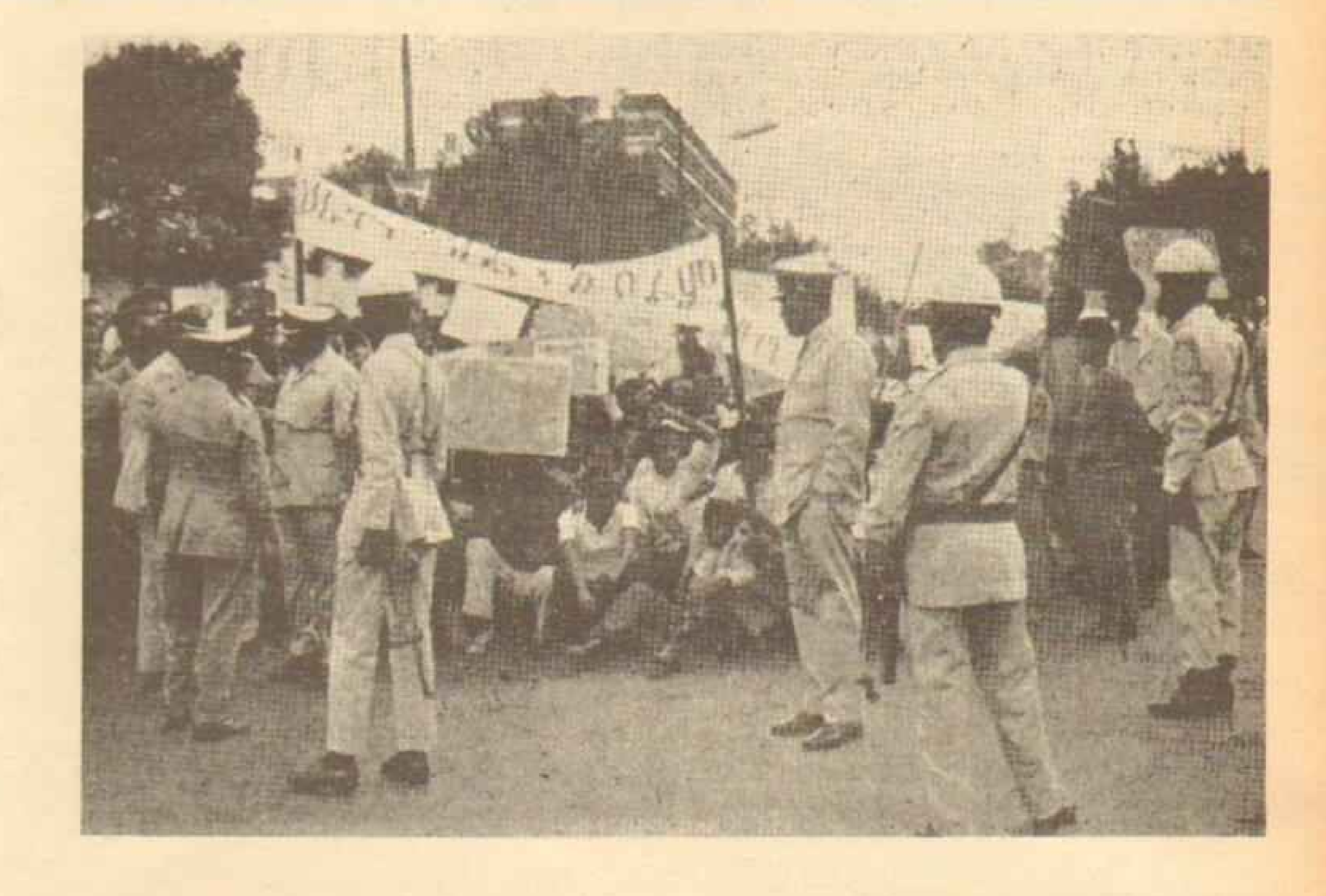
Und so sah das "Beweismaterial" aus: Lötzinn, Schwefelfußpuder, Klingeldraht, Radiobatterien und andere Kleinigkeiten, von denen Nachbarn auf Befragen prompt sagten: "Ja, das haben wir auch alles zu Hause."

Niemand aus der Bevölkerung glaubte an dieses Märchen von den "Bombenlegern". Aber immer mehr Darmstädter erkennen, daß auch hier die Kapitalisten rücksichtslos Wohnraum vernichten und alle die, die gegen Wuchermieten und um bessere Wohnungen kämpfen, brutal verfolgen. Diese niederträchtigen und volksfeindlichen Maßnahmen werden nicht ohne Antwort bleiben!

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

## ÄTHIOPIEN

# Nur der Sturz des Feudalismus wird den Hunger des Volkes stillen!



Noch immer zieht der "Stern" seine Reklameshow "Hungerhilfe für Äthiopien" ab, versucht die bürgerliche Propaganda uns weiszumachen, das Volk in Äthiopien hungere wegen einer "Dürrekatastrophe" und sei nur durch die Gnade der Imperialisten zu retten.

In Wahrheit horten nach der "ausgezeichneten Ernte des Jahres 72/73" (Vierteljahresschrift der äthiopischen Nationalbank) Privathändler in Addis Abeba etwa 10.000 Tonnen Getreide. In Wahrheit haben äthiopische Großgrundbesitzer den Export von Lebensmitteln (Milch, Bohnen, Birnen) im vergangenen Jahr um 92% gesteigert. Währenddessen hungern in den Dörfern des Landes 13 Millionen Menschen. Über 100.000 starben bereits. Die Lebensmittelpreise in den Städten, die von der Hungersnot nicht unmittelbar betroffen sind, stiegen gewaltig: Der Doppelzentner Hirse z.B. von 25 auf 40 DM – Jahreseinkommen eines Arbeiters oder Bauern: durchschnittlich 180 DM. 50% der Bevölkerung sind arbeitslos.

Als bekannt wurde, daß Hilfslieferungen in den Taschen von Staatsbeamten und Generälen verschwanden, kam die Wut der Bevölkerung offen zum Ausbruch. Überall im Land wurden Lebensmitteldepots aufgebrochen und die Nahrungsmittel verteilt. Soldaten, Studenten, Arbeiter und Bauern erhoben sich im Kampf gegen den Hunger, um höhere Löhne.

Anfang März revoltierte die Armee. Die Soldaten forderten höheren Sold. Ihrem Kampf schlossen sich Studenten, Taxifahrer und 15.000 Lehrer an. Händler schlossen ihre Läden und reihten sich in die Demonstration ein. Die Gewerkschaft rief zum Generalstreik auf – zum erstenmal in der Geschichte des Landes. In einer blutigen Schlacht gegen die Polizei revoltierten politische Häftlinge in Addis Abeba. 38 Menschen wurden erschossen. Mit Ausgangssperre und dem Einsatz von Polizei versuchte die Regierung, den Kampf niederzuschlagen. Aber der Großteil der Soldaten marschierte nicht gegen, sondern mit dem Volk: Soldaten verteilten Flugblätter, in denen es hieß: "Nicht die Generäle zahlen unseren Sold, sondern das Volk. Wir weigern uns, Stiefel und Autos von Offizieren zu putzen."

In dieser breiten Kampffront gegen Hunger und Teuerung breiteten sich auch Parolen aus, die unmittelbar an der Wurzel des korrupten, verbrecherischen Feudalregimes rütteln: "Gebt das Land den Bauern, die es bestellen!" forderten Flugblätter und Parolen an den Wänden. Verteilung des Bodens an die armen und mittleren Bauern – das ist nur möglich auf dem Weg der Enteignung der Großgrundbesitzer, durch den Sturz der Feudalistenklasse.

Im Kampf hat das äthiopische Volk einige Verbesserungen durchgesetzt: z.B. Lohnerhöhungen um 200% für die streikenden Arbeiter. Durch die Einsetzung einer neuen Regierung, durch Versprechen einer bürgerlich-parlamentarischen Verfassung mit mehr politischen Rechten für Arbeiter und Bauern in den nächsten sechs Monaten, mit der Ankündigung einer Bodenreform hat Kaiser Haile Selassie zunächst versucht, den Kampf des Volkes niederzuringen. Eine Bodenreform durch kaiserliches Dekret? Das wird es niemals geben! Deshalb muß der Kampf weitergehen. An der Universität von Addis Abeba kommt es immer wieder zu Unruhen. Acht fortschrittliche Professoren und mehrere Studenten ließ Ministerpräsident Makonnen, der sich jetzt als "Mann des Volkes" aufspielt, bereits verhaften. Studenten, die eben die Forderung nach sofortiger Landverteilung vertreten haben! Aber diese Losung ist nicht auszulöschen aus den Köpfen der äthiopischen Arbeiter und Bauern! Der Kampf ist abgeflaut, aber er wird immer wieder auflodern, bis zum endgültigen Sieg des Volkes in der neudemokratischen Revolution über Feudalismus und Imperialismus!

# Zionisten auf dem Pulverfass

In Jerusalem und ganz Israel sitzen die Zionisten auf einem Pulverfaß. Mit Polizeigewalt und Einsatz von Armee versuchen sie, vor allem mit Hilfe der jüdischen Einwanderer aus der Sowjetunion, das ganze Land mit einem dichten Spitzelnetz zu überziehen, die arabische Bevölkerung zu vertreiben. Um ganz Jerusalem wurde ein dichter Ring von neuerbauten Betonburgen angelegt, in denen die sowjetischen Juden angesiedelt werden - ein gewaltiger Festungswall um die ganze Stadt. Araber, die sich weigern, ihr Land für solche Projekte an den Zionistenstaat zu verkaufen, werden gewaltsam enteignet. 3 500 Araber wurden in den letzten Jahren aus Jerusalem vertrieben, 20 000 regierungstreue Zionisten an ihrer Stelle angesiedelt. Wer nicht "freiwillig" aus seiner Heimat verschwindet, der wird verschleppt und in der Wüste ausgesetzt, so wie acht arabische Patrioten. Eine Protestdemonstration arabischer Frauen in Jerusalem gegen diesen Terror wurde gewaltsam niedergeschlagen.

**Aber dieser Terror schließt die arabische Bevölkerung nur umso enger gegen das Zionistenregime zusammen. Nirgends im Land sind die israelischen Besatzer ihres Lebens sicher. Sabotageakte von Palästinenserkommandos - Protestdemonstrationen der arabischen Bevölkerung - der Kampf wächst ständig an. Am 4. Februar griffen Palästinenser bei Tulkarm eine israelische Patrouille an, jagten ihr Fahrzeug in die Luft und töteten und verwundeten mehrere Soldaten. Eine Woche später explodierten Granaten in einem Offiziersauto bei Natanya. Am 12.2. flog das Offiziersbüro in Nablus in die Luft, am gleichen Tag wurde die Telefonverbindung zwischen Jerusalem und Tel Aviv zerstört; Ein Tag später: In der Erdölraffinerie von Aschdod explodieren Sprengkörper, mehrere Gebäude werden zerstört. In einer gezielten Aktion hissen Palästinenser am 15.2. in Jerusalem, Nablus und Tulkarm gleichzeitig die Flagge der Palästinenser, malen Parolen, die überall in den besetzten Städten zum Widerstand aufrufen. Flugblätter in arabischer und hebräischer Sprache werden an die Bevölkerung verteilt. Bei einem Überfall auf einen israelischen Militärkonvoi werden mehrere Zionisten verwundet und getötet.**

Dieser Kampf ist nicht zu unterdrücken! Er wird sich immer weiter ausbreiten, bis zur endgültigen Vertreibung der Zionisten und ihrer Herren in Washington und Moskau, bis zur Errichtung eines Staates, in dem Juden und Palästinenser in Frieden und Freiheit gleichberechtigt nebeneinander leben können!

## Aus aller Welt

KAMBODSCHA: 11 700 Soldaten der Lon Nol-Clique haben die kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte im Monat Februar getötet, gefangengenommen oder entwaffnet. Dabei erbeuteten die Truppen des Volkes über 100 000 Gewehre und andere Waffen, und mehr als 100 Armeefahrzeuge. 300 Soldaten Lon Nols und ein Offizier flohen in der gleichen Zeit von den Marionettentruppen und schlossen sich der Befreiungsfront an.

AFGHANISTAN: Immer offener und frecher versuchen die westdeutschen Imperialisten in den Ländern der Dritten Welt wirtschaftlich und politisch einzudringen. Der Münchner Oberpolizeidirektor Ernst Krack wurde Anfang März zum Polizeipräsidenten von Afghanistan ernannt und mit dem Aufbau einer Polizeischule in Kabul beauftragt. Krack leitete bereits von 1967 bis 1971 die Polizei des ostafrikanischen Staates Ruanda.

Antonioni-Film: Die antichinesische Hetzpropaganda des italienischen Regisseures Antonioni, der in einem "China"-Film die chinesische Volksrepublik verleumdete, wurde von allen Reaktionären und Feinden Chinas begeistert begrüßt: Sowohl die sowjetischen Sozialimperialisten als auch die Tschiang Kaitschek-Clique in Taiwan haben den Film eingekauft, um damit eine neuerliche Kampagne gegen die VR China zu starten.

CISNU: Am 8.3. besetzten iranische Studenten in Stockholm und Brüssel die Botschaften des Iran, um gegen die Folterungen von Häftlingen und die Hinrichtung von Regime gegnern in den letzten Wochen zu demonstrieren. In Stockholm wurden 16 Studenten verhaftet. Gegen ihre Festnahme demonstrierten am 11.3. mehrere iranische und schwedische Studenten vor dem Stockholmer Polizeipräsidium. Der Iran hat inzwischen seinen Botschafter aus Brüssel abberufen.

## Hört die revolutionären Sender!

**ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.**

**Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| **Das 1. Programm** | |
| 13.00 - 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 - 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 - 19.30 | 32 und 41 Meter |
| **Das 2. Programm** | |
| 14.30 - 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 - 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 21.30 - 22.00 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| **Das 3. Programm** | |
| 6.00 - 6.30 | 41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle) |
| 23.00 - 23.30 | 41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle) |



**32 Meterband entspricht 9,26 Mhz**
**41 Meterband entspricht 7,23 Mhz**
**50 Meterband entspricht 5,95 Mhz**
**215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)**
**206 Meter entspricht 1.456 khz.**

**RADIO PEKING**

| | | |
|---|---|---|
| 19.00 - 19.30 | Immer: 43,7 – 42,8 | |
| 21.00 - 22.00 | und 26,2 Meter | |

## ABTREIBUNG IM FERNSEHEN

# Streit um den Paragraphen 218

**Eine Frau hat ihre Schwangerschaft unterbrechen lassen. Die Frau aus Westberlin, die aus Protest gegen den § 218 im Beisein von 14 Ärzten abtreiben ließ, handelte nicht aus moralischer oder wirtschaftlicher Not, sie landete nicht auf der Pritsche einer Engelmacherin, sie mußte sich nicht in Schulden stürzen, um die Wucherrechnung eines Arztes zu bezahlen – aber gerade ihr Fall, eine Ausnahme in dem Abtreibungselend von Tausenden von Arbeiterfrauen – hat zu einem heftigen Streit zwischen Kirchenfürsten und Fernsehgewaltigen, zwischen Journalisten, Ärzten Politikern und Staatsanwälten geführt.**

Die Bewegung gegen die § 218 hat gerade im letzten Jahr zugenommen. Erst am letzten Wochenende demonstrierten Frauen in Hamburg, Frankfurt und Westberlin. 112 000 Arbeiterfrauen setzten ihre Unterschriften unter IGM-Listen gegen diesen Paragraphen. Die Tatsache, daß dieser Film gezeigt wird, wenn auch nach langem Hin und Her, wenn auch nur in wenigen Fernsehsendern, die Tatsache, daß Mitte April der § 218 durch die sogenannte "Fristenlösung" ersetzt werden soll, ist ein Erfolg dieser Bewegung.

Nach der Verabschiedung dieses Paragraphen wird die Frau, die durch moralischen Druck oder wirtschaftliches Elend zur Abtreibung gezwungen ist, vor dem Gesetz nicht mehr in jedem Fall als "Kriminelle", als "Mörderin" dastehen. Weniger Frauen als bisher werden gezwungen sein, sich in die Hände von Engelmachern und Wucherärzten zu begeben. Das ist der Erfolg eines jahrzehntelangen Kampfes. Wenn die Bourgeoisie jetzt so tut, als sei sie es, die der Frau das Ende des Abtreibungselendes beschere, dann ist das wirklich ein Hohn! Die Bourgeoisie hat bisher freiwillig und aus "Vernunft" kein einziges Zugeständnis gemacht. Und sie wird auch weiterhin versuchen, vor allem über ihre Agentur, die Kirche, die Abtreibung zu illegalisieren, indem sie sie als "unmoralisch", als "Mord" usw. darstellt.

Gleichzeitig versucht sie jedoch vor allem unter den Frauen, die gegen den §218 kämpfen, die Illusion zu verbreiten, die Abtreibung sei ein Mittel zur Befreiung der Frau. Diesem Zweck dient auch der jetzt im Fernsehen gezeigte Film, der die Illusion erwecken soll, durch einen geschickten, schnellen medizinischen Eingriff könne die Frau "frei" werden.

**Ein Blick in eine Arbeiterwohnung genügt, um zu zeigen, daß sdie eine Illusion ist. Man wird dort wohl Armut und Unfreiheit finden, aber kaum eine Arbeiterfrau, die den Ausweg darin sieht, keine Kinder mehr zu bekommen. Ihr Hauptproblem ist nicht, perfektere Methoden zu erfinden, um Leben zu zerstören. Ihr Hauptproblem ist Leben zu erhalten, das noch ungeborene Leben und erst recht das Leben ihrer Kinder. Dieses Leben ist bedroht durch die Fehlgeburten aufgrund der Akkordhetze, durch die katastrophale medizinische Versorgung, durch Arbeitsunfälle, durch wachsende Säuglingssterblichkeit. Es ist bedroht durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Es ist bedroht durch die wachsende Kriegsgefahr. Millionen von Menschen sind im ersten und zweiten Weltkrieg für die Interessen der Imperialisten verblutet.**

**Die Abtreibung kann aus dieser Situation kein Ausweg sein. Denn sie rührt nicht an der Ausbeutung, sie rührt nicht an der Unterdrückung der werktätigen Frau und des gesamten werktätigen Volkes.**

**Wer die Abtreibung oder auch empfängnisverhütende Mittel als Ausweg aus der Unterdrückung der Frau oder gar als Ausweg aus der Armut, die auch heute schon in vielen Familien herrscht, angibt, der will den einzig wirklichen Ausweg, die Beseitigung der Ursachen des Abtreibungselends versperren, den Weg der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.**



## Osswald/Schulte-Prozeß

# Erkämpfen wir die Zulassung der Öffentlichkeit

"Den Angeklagten wird vorgeworfen, die DBR und ihre verfassungsmäßigen Organe beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben durch abfällige Werturteile. Mit ihren Beweisanträgen verfolgen sie den Zweck, Wahrheitsbeweise für Werturteile zu erbringen. Das ist nicht möglich." Mit diesen Worten lehnte Richter Kittel von der Staatsschutzkammer in Dortmund einen Antrag ab, mit dem bewiesen werden sollte, daß die DBR ein kapitalistischer Staat ist. Klarer konnte das Gericht nicht sagen, was hier gespielt wird: Verurteilt werden soll ein "Werturteil" über den bürgerlichen Bonner Staat – ein Werturteil, eine politische Gesinnung also. Das Urteil steht bereits fest – über den "Wahrheitsgehalt" kommunistischer Gesinnung wird nicht mehr diskutiert!

Immer offener greifen Richter, Staatsanwalt und Polizei zu faschistischen Unterdrückungsmethoden, um zu verhindern, daß Einzelheiten aus diesem Prozeß in der Öffentlichkeit bekannt werden, um die Angeklagten und ihre Verteidiger einzuschüchtern und die Partei in ihrem Kampf in die Knie zu zwingen. **Noch immer ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen, noch immer soll hinter verschlossenen Türen Geheimjustiz geübt werden. Die schärfste Waffe im Kampf gegen die Klassenjustiz, die Solidarität der Massen, versucht uns die Bourgeoisie damit zu nehmen. Dagegen gilt es weiter, einen harten, konsequenten Kampf zu führen.**

In der Verhandlung am 15.3. deckten die beiden Verteidiger auf, daß sie seit Prozeßbeginn ununterbrochen bespitzelt und verfolgt werden. Mit solchen Methoden versucht die Bourgeoisie, fortschrittliche Rechtsanwälte einzuschüchtern und eine konsequente Verteidigung von Revolutionären vor Gericht zu verhindern. Das Gericht ging sogar noch einen Schritt weiter: Die Rechtsanwälte seien ohnehin nur "Sprachrohr" der Angeklagten, behauptete der Richter – zu deutsch: Anträge, Erklärungen, Beweise, die die Rechtsanwälte vorbringen, werden vom Gericht als "kriminelle Äußerungen" gewertet – nicht anders als die Erklärungen der Angeklagten selbst.

Rechtsanwalt Reinhard erklärte, daß diese Stellungnahme des Gerichtes einzureihen sei in die immer häufigeren Versuche, Verteidiger von Kommunisten zu Verbrechern zu stempeln. Empört kündigten beide Verteidiger an, daß sie nicht mehr erscheinen werden, wenn dieser Anschlag auf die Rechte der Rechtsanwälte nicht vom Gericht zurückgenommen wird!

**Mit Einschüchterung, Erpressung, Ausschluß der Öffentlichkeit und übelster Bespitzelung versucht die Klassenjustiz, Druck auf die angeklagten Genossen und ihre Rechtsanwälte auszuüben. Sie spekuliert darauf, daß die Genossen Oßwald und Schulte vor diesem Druck, aus Angst vor einer hohen Strafe zurückweichen, die Partei verraten und einen opportunistischen Pakt mit der Bourgeoisie eingehen. Diese Machenschaften der Klassenjustiz müssen wir klar entlarven und im entschiedenen Kampf zurückweisen!**

**SOFORTIGE WIEDERHERSTELLUNG DER ÖFFENTLICHKEIT!**

**SCHLUSS MIT DER BESPITZELUNG VON ANGEKLAGTEN UND RECHTSANWÄLTEN!**

**FREISPRUCH FÜR OSSWALD UND SCHULTE!**

# "Unser Sohn wird gefoltert!"

**"Wir werfen der Justiz unseres Landes vor, daß sie unseren Sohn seelisch und körperlich grausam behandelt und foltert.**

**Unser 26 Jahre alter Sohn Ulrich Luther wird seit Monaten in der Vollzugsanstalt Rastatt - vorher in Freiburg - unter Bedingungen in Haft gehalten, die auf die Dauer nicht einmal ein Tier aushält." - Mit diesen Worten beginnt eine Presseerklärung, mit der sich die Eltern Ulrich Luthers am 21.1.74 an die Öffentlichkeit wandten.**

Ulrich wurde vor 5 Jahren wegen eines angeblichen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Einziger "Beweis" der Justiz, ein Geständnis, von der Polizei erpreßt, von Ulrich später immer bestritten.

Seitdem er und über 150 weitere Gefangene im Juli 1973 einen großen Hungerstreik in Bruchsal gegen die unmenschlichen Haftbedingungen machten, hat man ihn als angeblichen "Rädelsführer" in totale Isolation gesteckt. Er hat praktisch keinerlei menschlichen Kontakt mehr. Einzig seine Eltern dürfen ihn noch einmal im Monat für eine halbe Stunde besuchen. Aber auch das nur unter Bewachung von zwei Beamten, die Ulrich sogar zwangen, sich nach einem solchen (überwachten) Besuch nackt auszuziehen. Auch brieflicher Verkehr ist so gut wie nicht mehr möglich So wird Ulrich zum Beispiel verboten, den Roten Morgen zu lesen, weil darin von Klassenjustiz, von Terrorurteilen die Rede ist. Briefe an seine Eltern werden abgefangen, weil darin die grausame Folter beschrieben ist.

Durch diese vollkommene Isolierung ist Ulrich inzwischen schwer krank. Er hat schwere Konzentrations- und Schlafstörungen, so daß er ohne Konzept nicht einmal mehr eine Postkarte schreiben kann so daß er einen begonnenen Fernkurs zum Abitur aufgeben mußte. Er leidet an Bewußtseinsausfällen, wobei er stundenlang nur noch wogenden Nebel in der Zelle sieht. Immer wieder befällt ihn ein Muskelzittern am ganzen Körper.

Es gibt keinen Zweifel, daß diese Auswirkungen der Isolation beabsichtigt sind. Die Eltern Ulrichs:

**" Wir haben den Eindruck, daß er durch die Isolation politisch und menschlich hingerichtet werden soll. Wir protestieren aufs schärfste dagegen. Wir fordern, daß die unmenschliche Isolationsfolter an unserem Sohn und allen Gefangenen, die von der Justiz ähnlich behandelt werden, sofort aufgehoben wird!"**

# Wer sich als Kommunist verteidigt, wird als Krimineller bestraft!

**Ende Februar wurde Genosse Klaus S. zu 1000 DM Geldstrafe ersatzweise 50 Tage Haft verurteilt, weil er "erfahrene Polizisten verleumdet und beleidigt" habe. Ort dieser "Polizistenbeleidigung": ein Prozeß im Sommer 1973, in dem Genosse Klaus S. wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden war.**

In diesem wie in allen anderen Antikriegstagsprozessen waren Polizisten die einzigen Zeugen, die die Bourgeoisie für ihre zusammengezimmerten Anklagen auffahren konnte. Und allesamt wurden sie von den Genossen als Lügner entlarvt., wurde gegen sie und das bürgerliche Klassengericht die Wahrheit vertreten, für die am Roten Antikriegstag demonstriert worden war: der reaktionären Gewalt der Bourgeoisie muß die revolutionäre Gewalt der Massen entgegengesetzt werden; Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her!

Die Bourgeoisie hatte gehofft, mit dem Terror ihres Justizapparates, die Niederlage, die sie am Roten Antikriegstag einstecken mußte, wettmachen zu können. Aber die Kommunisten kamen nicht reumütig zu Kreuze gekrochen, sie machten die Antikriegstagsprozesse zu einer Tribüne für den Kampf gegen den Imperialismus. Und unfreiwillig gesteht die Klassenjustiz heute ein, daß ihrer Niederlage auf den Straßen Münchens auch ihre Niederlage im Gerichtssaal folgte. Der Richter in seiner Urteilsbegründung gegen Klaus S.:"Der Angeklagte hat die ihm zur Last gelegten Äußerungen nicht zu seiner Verteidigung gemacht, sondern nur dazu, die Polizeizeugen zu Angeklagten und sich zum Ankläger zu machen.

Deshalb soll jetzt den Angeklagten, die sie nicht einschüchtern kann, mit terroristischen Mitteln der Mund verboten werden. So wurden zum Beispiel Gisela Herzog im Haus Voss Prozeß jedesmal Anzeigen angedroht, wenn sie im Gerichtssaal von der bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats sprach. Im Kieler Gewerkschaftsprozeß waren die drei Angeklagten die ersten, die von der "räumenden" Polizei verprügelt wurden. Genosse Oßwald sollte mit einem Haftbefehl eingeschüchtert werden. In den RAF-Prozessen sind Genossen wiederholt gefoltert worden, weil sie dem Gericht die revolutionäre Wahrheit ins Gesicht geschleudert haben.

Die Bourgeoisie will mit diesem Justizterror erreichen, daß die Wahrheit des Marxismus-Leninismus unterdrückt wird, die sagt, daß der Staat mitsamt seiner Justiz ein Unterdrückungsinstrument in der Hand der Kapitalistenklasse ist. Sie erreichte das Gegenteil. Mancher, der vielleicht noch im Prozeß selber der Meinung war, er könne das Gericht durch seine besseren Argumente überzeugen, wird spätestens bei der Strafanzeige, die ihm für seine Argumente ins Haus flattert, merken, daß gegen diese Justiz tatsächlich nichts als der revolutionäre Klassenkampf hilft.

## KORRESPONDENZ

### MPs waren schon klargemacht!

Ich will euch zwei Vorfälle aus einem Krankenhaus in Hamburg-Altona schildern, die sich im letzten Monat zutrugen. Eines Nachmittags brachten Polizisten einen ca. 14 jährigen Jungen, der betrunken aufgegriffen worden war und irgendwo eine Scheibe eingeschlagen hatte. Er blutete an beiden Händen und war trotzig, schrie herum usw. Die Polizisten hatten ihn im Polizeigriff wie einen Schwerverbrecher. Er wehrte sich gegen die Behandlung. Wir ließen ihn dann einen Moment sitzen, damit er sich beruhigen konnte. Er nutzte die Gelegenheit und lief weg.

Daraufhin zog der Polizist seine Pistole, fuchtelte damit herum und lief hinterher, um das Kind einzufangen. Alle Schwestern waren empört, daß ein Polizist seine Pistole gegen ein kleines Kind zieht.

Der andere Vorfall passierte erst vor einigen Tagen. Ein 25jähriger Mann hatte betrunken einen Unfall verursacht. Vor Schreck fuhr er davon. Sofort hefteten sich Streifenwagen an ihn, insgesamt vier. Sie verfolgten ihn in jagender Fahrt durch ein Arbeiterviertel. Sie eröffneten mehr oder weniger sofort das Feuer. 12 Schüsse gaben sie insgesamt auf das Fahrzeug des Betrunkenen ab. Als dieser schließlich zum Stehen kam, wurde ihm mit Polizeiknüppel beim Aussteigen "geholfen". Wir mußten eine tiefe Gesichtsplatzwunde nähen und diagnostizierten eine Gehirnerschütterung.

Als die Polizisten im Krankenhaus ihre "Heldentat" noch einmal in allen Einzelheiten beredeten, erzählte einer, daß die Wache "bereits die MPs klargemacht hatte, wie damals bei Petra Schelm". (Die Genossin Petra Schelm war ganz in der Nähe ermordet worden.) Einer der Polizisten war ziemlich schockiert über diesen Waffeneinsatz, aber die anderen fanden ihn wohl ganz "normal". Alle Ärzte, Schwestern und Pfleger waren entsetzt über diese brutalen Methoden. Wir diskutierten noch den ganzen Tag über die verschärften Maßnahmen der Polizei, die sich gegen das Volk richten. Die Polizisten werden immer eisiger behandelt, wenn sie in die Ambulanz kommen.

Die Polizei - das ist ein Teil der organisierten Gewalt des Kapitals gegen das Volk. Heute richtet sie ihre MPs gegen Einzelne, morgen wird sie das Feuer auf die kämpfenden Massen eröffnen, wie es der Frankfurter Polizeipräsident bereits indirekt angekündigt hat.

**Kampf dem Polizeiterror! Gegen die reaktionäre Gewalt die organisierte Gewalt der Arbeiterklasse!**

# KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ

**DORTMUND:**

Am 13.3.74 fand in Dortmund ein Prozeß gegen den Genossen Kiel statt. Er hatte gegen einen Strafbefehl über 450 DM wegen seiner Teilnahme an der Demonstration gegen Breshnew Berufung eingelegt. Im Prozeß wurde dem Genossen verboten, seine politische Erklärung abzugeben. Aus Protest gegen dieses Vorgehen der Justiz verließen der Genosse und sein Rechtsanwalt den Gerichtssaal. Nachdem sie fort waren, gaben sich weder Richter noch Staatsanwalt auch nur die geringste Mühe, ihren Auftrag demokratisch zu bemänteln. Als der Staatsanwalt in seinem Plädoyer 1000 DM Geldstrafe fordert, der Richter: "Das ist doch falsch, Herr Staatsanwalt." Der Staatsanwalt bittet um zwei Minuten Bedenkzeit und erinnert sich dann an das vereinbarte Strafmaß: 2 Monate Gefängnis, die 1.000 DM kommen dazu. Das Gericht selber "berät" zwei Minuten, in denen der Richter Striche auf ein Blatt Papier malt. Dann wird die Urteilsbegründung heruntergespult. Die Strafe: 2 Monate Gefängnis, 1.000 DM Geldstrafe.

**DUISBURG**

Zum 14. 3. wurde Genosse Dieter Stoll, Chefredakteur des Roten Morgen, vor ein Duisburger Amtsgericht geladen. Grund: ein Artikel im Roten Morgen, in dem zu den Sprengstoffanschlägen auf Niederlassungen der ITT positiv Stellung genommen worden war. Als der Genosse das Richterzimmer betrat, 5 Minuten zu spät, hatte der Richter bereits das Formular für die zwangsweise Vorführung ausgefüllt.

**GELSENKIRCHEN:**

Am 28. 2. 74 zogen Trupps der KPD/ML durch Gelsenkirchen, um Plakate gegen das Verbot der CISNU zu kleben. Zwei vermeintliche Kleber wurden von der Polizei festgenommen. Eine junge Frau, die aus ihrem 20 m entfernt parkenden Auto steigt, wurde ebenfalls festgenommen. Als sie der Polizei die Durchsuchung ihres Wagens verweigerte, ließen die Polizisten ihn abschleppen. Erst nachdem sie am anderen Tag 160 DM bezahlt hatte, bekam sie ihn zurück.

Am 5.1.74 fand in Gelsenkirchen eine Großveranstaltung der D'K'P statt. Die KPD/ML trieb die Revisionisten dort so in die Enge, daß sie sich nur noch mit faschistischer Gewalt zu helfen wußte. So wurde zum Beispiel die Genossin A. S. mit elektrischen Schlagstöcken zusammengeschlagen. Sie erhielt jetzt außerdem noch eine Vorladung zum Amtsgericht, wegen "böswilliger Verächtlichmachung des Staates", weil sie dort angeblich das Flugblatt der KPD/ML "Nieder mit dem Verrat der D'K'P" verteilt haben soll. Wer für die Klassenjustiz die entsprechenden 8-Groschendienste geleistet hat, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen.

**KÖLN:**

8 Ärzte und Medizinalassistenten aus verschiedenen Städten der deutschen Bundesrepublik und aus Holland protestierten am 9. 3. 74 gegen den Versuch, der Justiz, politische Gefangene durch Isolationsfolter zu vernichten. Sie fordern die sofortige Verlegung von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin aus dem toten Trakt in Köln-Ossendorf, die völlige Abschaffung dieses Traktes, die Abschaffung der Isolationsfolter.

**MÜNCHEN:**

Am 21. 3. 74 beginnt ein Prozeß gegen Genossen Sigi R. und Genossen W. Beide sind angeklagt, weil sie vor einer Bundeswehrkaserne ein Flugblatt mit der Parole "Dreht die Gewehre um" verteilt haben.

**MÜNSTER:**

Am 7. 3. 74 wurde ein Genosse von zwei zivilen Kripos festgehalten, nachdem er aus dem Verlag Kommunistische Texte die fertig gedruckten Seiten der antiimperialistischen Zeitung "Funke" abgeholt hatte. Die Polizisten durchsuchten seinen Wagen, fanden die Blätter und behaupteten, es müsse erst von der politischen Abteilung bestätigt werden, daß diese Zeitung nicht verboten sei. Einer von ihnen hinderte den Genossen gewaltsam daran, in einer Telefonzelle zu telefonieren. Erst nach einer Stunde, als die politische Polizei bestätigt hatte, daß der "Funke" nicht verboten ist, konnte der Genosse weiterfahren.

**Spenden für politisch Verfolgte an:**
**Konto Karin Sandmann**
**Dresdner Bank,**
**Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz Konto Nr. 81 355 107.**

Am 21.2. fand ein Prozeß gegen Verkäufer des Zentralorgans der KPS/ML "Oktober" statt. Schon seit Monaten versuchen Kapitalisten und Polizei, die kommunistische Agitation und Propaganda vor den Toren zu verhindern. Doch umsonst. Auch bei diesem Prozeß werden sie eine Niederlage erleiden. Die Zelle Fritz Platten der KPS/ML schreibt in einem Flugblatt: "Der Prozeß gegen "Oktober" ist ein Prozeß gegen die revolutionäre Presse, gegen die Arbeiterklasse und gegen alle fortschrittlichen Menschen. Beantworten wir diesen Schlag mit der Verstärkung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse, mit der Entwicklung des gerechten Kampfes."

## Soldatenkorrespondenz

### Bundeswehr verwüstet Äcker

Zur Zeit bin ich bei der Bundeswehr. Als wir vor einigen Tagen ins Gelände gingen, sollten wir dabei, wie meistens beim Marschieren, reaktionäre Nazilieder singen. Dagegen war eigentlich schon immer von den meisten Kameraden passiver Widerstand geleistet worden. Diesmal sang aber fast keiner, denn die Nacht waren wir auch z.T. draußen gewesen und hatten nur wenig geschlafen. Wir waren also so erschöpft, daß auch die, die sonst sangen, diesmal nicht mitgröhlten. Alle Puste wurde zum Marschieren gebraucht.

Das nutzte der Zugführer, um uns in die Scheiße zu jagen. "Nach links wegtreten! Marsch, marsch!" Links von der Straße war aber ein kleines Stück bebautes Ackerland, auf dem gerade etwas am Wachsen war. (Was, weiß ich nicht, denn ich habe keine Ahnung von Landwirtschaft) Widerwillig wälzten sich also gut 40 Mann über den Acker. Aber die Empörung unter den Kameraden war groß. Immer wieder sagten viele:"Sauerei, einfach den Acker kaputtrampeln zu lassen" und:"Da steckt ein Bauer nun seine Arbeit rein und nur weil so ein Scheißstuffz uns ficken will, wird alles zertrampelt." und sogar: "Wenn die Bundeswehr so mit der Arbeit von einfachen Leuten umgeht, kann sie doch nicht für, sondern nur gegen uns sein". Diese Erkenntnis ist ein großer Fortschritt und für alle Kameraden wichtig.

Übers Wochenende lernte ich von Genossen, wie es in der sozialistischen VR China zugeht. Dort zerstört die Armee nicht die Arbeit der Bauern, sondern hilft ihnen in der Produktion. Und in den 3 Hauptregeln zur Beachtung der Disziplin und den 8 Punkten zur Beachtung der VBA heißt es sogar:"Beschädige nicht die Ackerbaukulturen! Weder auf dem Marsch noch beim Gefecht darf dergleichen geschehen."

Dies wird bestimmt dazu beitragen, den spontanen Kampfeswillen der Kameraden auf den bewußten Weg zum Sozialismus zu führen, denn viele von ihnen kommen aus ländlichen Gebieten.

**Vorwärts zur Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern! Vorwärts zur sozialistischen Revolution! Vorwärts mit der KPD/ML**


Ein Angehöriger der chinesischen Volksbefreiungsarmee arbeitet und diskutiert mit einem Bauern

# Obersulmetingen kämpft gegen Eingemeindung

**Wie andere kleinere Gemeinden wehren sich auch die 925 Obersulmetinger in Schwaben gegen ihre Eingemeindung in eine andere Stadt, in diesem Falle Laupheim. Allerdings haben die Obersulmetinger bei anderen Gemeinden erlebt, daß deren Einwohner mit einem "Nein" auf dem Stimmzettel gar nichts erreichten. Und so kämpften die Obersulmetinger nicht allein gegen die verhaßte Eingemeindung, sondern genauso erbittert gegen die Bürgeranhörung, mit der sie obendrein noch verhöhnt werden sollen.**

Am 10. Februar sollte die erste Bürgeranhörung stattfinden. Gewaltsam verhinderten die Obersulmetinger, daß die Beamten des Landratsamts ein Wahllokal einrichten konnten.
Die bürgerliche Presse fühlte sich sogleich an nordirische Zustände erinnert – der kapitalistische Staat stellte Obersulmetingen von diesem Tag an unter Polizeibewachung. Tag und Nacht waren dort zivile Wagen der Tübinger Polizei zu sehen

Am Vorabend der 2. Wahl trafen drei Männer ein, die sich als Skatbrüder ausgaben und schließlich bei Nacht und Nebel in die Schule schlichen – die drei Wahlbeamten des Landratsamtes. Die Nacht- und Nebelaktion hatte das Landratsamt befohlen, aus Angst, bei Tageslicht kämen die Beamten wieder nicht in das Wahllokal und die Wahl müßte zum zweitenmal scheitern.

Gleichzeitig rüstete die Polizei. An allen drei Zufahrtsstraßen kontrollierte sie die Autos, schrieb ihre Nummern auf und schickte einige mit der Lüge zurück: "Hier ist heute gesperrt."

Das Rathaus war von der Einsatzleitung der Polizei besetzt. Polizeiphotographen patroullierten auf den Straßen. Im Wahllokal selber ebenfalls Kriminalpolizei. Insgesamt standen 600 Beamte einsatzbereit mit der Anweisung, beim geringsten Protest rücksichtslos vom Schlagstock Gebrauch zu machen (wobei sie dem Bürgermeister gleichzeitig erklärten, daß die Obersulmetinger einen solchen Einsatz mit 50.000 DM bezahlen müßten).

Das Landratsamt hatte gleichzeitig versucht, mit Briefwahl die Kampffront aufzuspalten. Das Ergebnis: Sämtliche 590 Unterlagen fanden sich am nächsten Tag in einem Karton vor der Rathaustür ein. Man ließ sie wieder austragen – worauf sie am Wahltag allesamt vor dem Rathaus verbrannt wurden. Die gleiche Pleite für Polizei- und Wahlbeamte in der Schule. Um 16.00 Uhr gaben sie auf. Kein einziger Stimmzettel lag in der Urne.

600 Polizisten haben es also geschafft – eine ""rechtsgültige Wahl" ist auch in Obersulmetingen gelaufen. Aber die Schau von der Mitbestimmung des Volkes in diesem kapitalistischen Staat ist der Bourgeoisie gründlich verdorben worden. Obersulmetingen zeigt, in welche Panik die Bourgeoisie gerät, wenn das Volk sich weigert, den Köder zu schlucken, mit dem es für die Interessen des Kapitals eingefangen werden soll.



Obersulmetinger verbrennen die Wahlunterlagen

# Tod dem Faschismus!

## GIESSEN

**Am 8. 3. wollten die Faschisten in Gießen unter dem Thema: "Marxismus – ein Aberglaube" gegen den Kommunismus hetzen. Die Partei verteilte sofort Flugblätter vor den Betrieben und in der Stadt und rief zur Verjagung der Faschisten auf. Am Versammlungsort waren auch Genossen der Gruppe Rote Fahne Dortmund und andere Antifaschisten. Schon eine Stunde vor Beginn wurde kein Faschist mehr durchgelassen. Jeder, der kam, wurde verjagt. Das Propagandamaterial der Faschisten flog in den Dreck.**

Langsam kamen jetzt auch die D'K'P-Revisionisten und bauten sich zu ihrer Schweigestunde auf.

Dann versuchte die Polizei, die Genossen zu verjagen. Als sie es so nicht schafften, holten sie Hunde, die einige der Genossen anfielen und ihre Kleidung zerrissen. Sie schafften es so, die Genossen zunächst auseinanderzutreiben. Sie formierten sich jedoch wieder und riefen Parolen gegen Faschismus und Polizeiterror. Plötzlich fuhr ein Auto langsam vorbei und schleuderte eine säurehaltige Flüssigkeit gegen die Genossen. Ungefähr 10 Genossen wurden getroffen und mußten gleich ins Krankenhaus gebracht und ambulant behandelt werden.

Die Genossen der Partei forderten jetzt, die Versammlung der Faschisten zu stürmen. Es gelang jedoch der GRF, stattdessen eine Demonstration durch die Stadt durchzusetzen. Auf einer anschließenden Versammlung verstiegen sich die GRF-Führer, von der Partei wegen ihres opportunistischen Verhaltens angegriffen, zu der Behauptung, man müsse mit der Polizei diskutieren, das beweise der Kampf des vietnamesischen Volkes, wo die Propaganda hinter der feindlichen Linie auch ein wichtiges Kampfmittel sei.

Als ob die Parole des vietnamesischen Volkes geheißen hätte: Sieg durch Diskussion mit den US-Imperialisten! Hier wurde der mutige Kampf des vietnamesischen Volkes zu nichts anderem benutzt, als zu vertuschen, daß die GRF auch bei diesem Kampf versucht hat, vom Hauptfeind der Arbeiterklasse, auch im antifaschistischen Kampf, dem kapitalistischen Staatsapparat abzulenken.

## LÜBECK

Am 3. 3. 74 sollte der Vorsitzende der NPD, Thadden, in Lübeck sprechen. Polizisten mit Hunden und ein Saalschutz der Faschisten standen einsatzbereit. Ein Genosse der KPD/ML stellte gegen das opportunistische Gerede des "Kommunistischen" Bundes klar, daß Kommunisten auch im antifaschistischen Kampf vorangehen, daß sie auch hier die einzige Alternative aufzeigen, den Kommunismus.

Als die Genossen einen Spitzel entdeckten, der Photos machte, gab es eine Schlägerei mit der Polizei und den Faschisten. Unseren Genossen ist es gelungen, den Spitzel und die Faschisten zu schlagen und den Photoapparat zu zerschmettern. In diesen Kampf reihten sich auch einige Mitglieder des "K"B ein, während sich andere schnell verdrückten.

Anrückende Polizeiverstärkung versuchte die Genossen einzukesseln, was aber nicht gelang, da ein Demonstrationszug mit der Fahne der KPD/ML an der Spitze gebildet wurde, der durch die Straßen zog und dann wieder zum Kampfschauplatz zurückkehrte.

Hier hielten sich während der ganzen Zeit auch Vertreter der D'K'P-Revisionisten auf. Obwohl sie nicht in den Kampf eingriffen, zeigte eine kleine Episode doch, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen: ein D'K'P-Revisionist brauchte einem Polizisten nur seinen Personalausweis zu zeigen und schon konnte er die Polizeikette, die sie gegen unsere Genossen gebildet hatten, passieren.

Obwohl es angesichts der Übermacht der Polizei nicht gelang, die Faschistenversammlung zu zerschlagen, war so für alle sichtbar, daß die KPD/ML die einzige Partei ist, die wirklich gegen den Faschismus kämpft.



## PARTEIVERANSTALTUNGEN:

**MÜNCHEN:**
Die KPD/ML-Ortsgruppe München lädt am 22.3.74 zu einer Veranstaltung gegen das faschistische Schah-Regime ein. Ort: Gaststätte "Kochwirt", Thalkirchnerstr. 41

**BRAUNSCHWEIG:**
Am 23.3.74 findet in Braunschweig eine Veranstaltung statt zum Thema: "55 Jahre Ortsgruppe Braunschweig der KPD".
Ort: Braunschweig, Frankfurter Straße, Altdeutsche Bierstuben, Beginn: 18.00 Uhr.

**GELSENKIRCHEN:**
Veranstaltung der KPD/ML gegen politische Unterdrückung. Beginn: 19.30 Uhr. Der Ort ist den Ankündigungsflugblättern zu entnehmen.

**NORDENHAM:**
Veranstaltung der ROTEN GARDE am Dienstag, 26.3.74, um 19.30 im Jugendzentrum, Jahnstraße. Thema: "Was will die KPD/ML?" Es wird der Film "Rote Raketen" gezeigt.

## PARTEIBÜROS:

**BREMEN:**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

**HAMBURG:**
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

**HANNOVER:**
Elisenstr. 10.

**KIEL:**
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.

**MANNHEIM:**
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**MÜNCHEN:**
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

**WESTBERLIN:**
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.



# Polizeiüberfall auf Westberliner Studenten

Bereits zum vierten Mal in diesem Jahr hat die Westberliner Polizei einen Überfall auf die Studenten in der Mensa der Technischen Universität durchgeführt – angeblich eine Rauschgiftrazzia. Wieder wurden zahlreiche Kommilitonen festgenommen, manche von ihnen deswegen, weil sie gegen diesen Überfall protestierten.

Rauschgifthandel? Die angebliche Jagd nach dem Rauschgift ist nichts als ein Vorwand, um revolutionäre Studenten herauszugreifen und festzunehmen und die Masse der Studenten einzuschüchtern. Warum sonst wurde die "Kiffer" wieder entlassen und gerade die ausländischen Studenten, die sich politisch betätigen, festgehalten?

**Empört über den Polizeiterror bauten Studenten auf der Hardenbergstraße eine Barrikade aus Tischen und Abfallkästen und forderten: "Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!"**

Die meisten Autofahrer reagierten verständnisvoll. Nur einige Mercedesfahrer wollten durchaus auf die Studenten losfahren. Die Polizei wagte es angesichts der hunderte von Demonstranten nicht, am selben Tag noch einen zweiten Knüppeleinsatz zu machen. Sie leitete den Verkehr um.